



MM #33

Neue EU-Kommission
Bewertung der Haushalts- und Finanzportfolios

Nächste Woche wird das Europäische Parlament die Anwärt:innen und Anwärt:er für die nächste Europäische Kommission anhören. Mit einigen der Kandidat:innen und Kandidaten hatte ich auch bilaterale Gespräche, um besser zu verstehen, wie sie ihre Mission ausfüllen wollen und um mit Ihnen über unsere Prioritäten zu sprechen. Lesen Sie unten meine Bewertung.

Themenübersicht:

- **Maria Luis Albuquerque** - Finanzdienstleistungen und die Spar- und Investitionsunion
- **Valdis Dombrovskis** - Wirtschaft und Produktivität; Umsetzung und Vereinfachung
- **Raffaele Fitto** - Kohäsion und Reformen
- **Wopke Hoekstra** - Klima, Netto-Null und nachhaltiges Wachstum; Besteuerung
- **Dan Jørgensen** - Energie und Wohnen
- **Teresa Ribera** - Saubere, gerechte und wettbewerbsfähige Transformation
- **Piotr Serafin** - Haushalt, Betrugsbekämpfung und öffentliche Verwaltung

Maria Luis Albuquerque - Finanzdienstleistungen und die Spar- und Investitionsunion

Partei: EVP
Land: Portugal
[Link zum Mission Letter](#)

Maria Luis Albuquerque, die frühere Finanzministerin Portugals, soll eine zentrale Rolle in der neuen EU-Kommission als Kommissarin für Finanzdienstleistungen übernehmen. Die großen handlungsleitenden Themen für die mögliche Amtszeit von Maria Luis Albuquerque sind die Schaffung einer Savings- und Investment Union (SIU) als erstem großen Schritt in die EU-Kapitalmarktunion, die Sicherung der Finanzmarktstabilität und die Stärkung der Geldwäschebekämpfung.

Die Savings- und Investment Union

Die Savings- und Investment Union soll der EU-Wirtschaft den Zugang zu privatem Kapital erleichtern. Bisher ist die europäische Wirtschaft, anders als etwa die US-Wirtschaft, dominant kreditfinanziert durch Banken. Albuquerque soll die Grundlagen dafür schaffen, private Investitionen in europäische Unternehmen zu mobilisieren, um die ehrgeizigen Ziele der EU in den Bereichen grüne und digitale Transformation zu unterstützen. Diese stärkere Finanzialisierung der europäischen Wirtschaft ist ein zweischneidiges Schwert: Sie ermöglicht den Unternehmen zwar mehr und höhere Investitionen - darf allerdings nicht zu Lasten der Finanzmarktstabilität erfolgen.

Finanzmarktstabilität und Wettbewerbsfähigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden

In der Anhörung am 06. November werden wir sehr genau darauf achten, dass sie mit der SIU nicht einfach nur Deregulierungs-Maßnahmen im Namen der Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht, sondern die Auswirkungen ihrer Maßnahmenpakete auf die Stabilität des Finanzmarkts sehr genau überprüft. Finanzmarktstabilität ist eine Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und kein Hindernis! So wird aktuell die Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes in der EU diskutiert, mit der Banken Kreditrisiken aus ihren Büchern lösen können. Solche Verbriefungen haben allerdings 2008 in den USA die weltweite Finanzkrise ausgelöst. Die aktuellen Beschränkungen dieses Marktes sind eine Lehre aus dieser Krise gewesen. Sie dürfen nicht leichtfertig rückabgewickelt werden.

Kampf gegen Geldwäsche muss zentrales Thema von Albuquerque sein

Ebenfalls einen großen Anteil am Verantwortungsbereich von Maria Albuquerque würde das Thema Geldwäschebekämpfung haben. Hier haben Kommission, Parlament und Rat am Ende der letzten Legislaturperiode richtungweisende Gesetzgebungspakete beschlossen und die Gründung der europäischen Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA (siehe auch MM #27) beschlossen. Es gehört zu Albuquerques Aufgaben, diese bis Anfang 2026 arbeitsfähig zu machen. Wir erwarten von der designierten Kommissarin, dass sie die Zügel im Kampf gegen Geldwäsche anzieht und Projekte wie ein EU-weites Vermögensregister umsetzt.

Valdis Dombrovskis - Wirtschaft und Produktivität; Umsetzung und Vereinfachung

Partei: EVP
Land: Lettland
[Link zum Missionletter](#)

Valdis Dombrovskis wird nun zum dritten Mal Teil des EU-Kommissionskollegs sein und gilt als enger Vertrauter Ursula von der Leyens. Er verliert zwar seinen Vize-Titel, aber ist direkt der Kommissionspräsidentin untergeordnet und keinem anderen Vize-Präsidenten. Sein Mission Letter weist auch viele Überschneidungen mit denen anderer Kommissar:innen auf. Besonders auffällig ist, dass bei ihm eine Zuständigkeit für den Corona-Wiederaufbaufonds angesiedelt ist, was auch Hauptaufgabe beim italienischen Kandidaten Raffaele Fitto liegt. Man kann das so lesen, dass Ursula von der Leyen ihren Vertrauten als Wachhund einsetzt. Valdis Dombrovskis verfolgt ansonsten eine Wirtschaftspolitik, die dem deutschen Kurs entspricht. Er gilt zum Beispiel auch als "Frugal".

Stabilitäts- und Wachstumspakt und Europäisches Semester

Wir befürchten, dass die zugesagten Spielräume für nötige Investitionen nicht gegeben werden. Für uns geht es darum, einen fiskalischen Rahmen zu schaffen, der gezielte Investitionen in den grünen und gerechten Übergang fördert und auf demokratischen Prinzipien basiert, indem die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt wird. Wichtig ist dabei, dass Fairness für alle Mitgliedstaaten mit ihren unterschiedlichen fiskalischen Kapazitäten gewährleistet wird und dass es bei den länderspezifischen Ausgabepfaden eine demokratische Kontrolle gibt. Wir freuen uns zu lesen, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele weiterhin in das EU-Semester integriert werden sollen. Dazu wünschen wir uns aber genaue Details.

Wettbewerbsfähigkeit

Es bleibt unklar, wie genau die Kommission den extrem hohen Bedarf an öffentlichen Investitionen angehen will. Das Design des Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und das Wettbewerbs-Koordinations-Tool werden nicht mehr erläutert. Auch inwiefern, schon bestehende Strukturen in ihnen aufgehen sollen oder ob sie diese eventuell beschneiden würde, ist nicht erläutert. Hier ist zu klären, ob und wie der Fonds mit frischem Geld ausgestattet werden soll. Außerdem befürchten wir, dass das Wettbewerbs-Koordinations-Tool Gefahr läuft, soziale und ökologische Überlegungen im Rahmen des Europäischen Semesters vollständig zu verdrängen, trotz der systematischen Bemühungen in den letzten Jahren, das Gegenteil zu erreichen.

Raffaele Fitto - Kohäsion und Reformen

Partei: EKR
Land: Italien
[Link zum Missionletter](#)

Mit Raffaele Fitto soll zum ersten Mal ein Mitglied einer rechtsextremen Partei Vize-Präsident der EU-Kommission werden. Damit reagiert Kommissionspräsidentin von der Leyen auf die Regierungsverhältnisse in Italien und die Tatsache, dass Italien seinen Sitz in der EU-Kommission nicht einfach verwehrt werden kann. Doch mit dem Vorschlag Fitto einen Vize-Präsidentenposten zukommen zu lassen, sowie die Verantwortung für die wichtige Bereiche Kohäsionspolitik, NextGenerationEU, und die Aufsicht über Reformen, nachhaltige Landwirtschaft und Transport, stellt dies ein unverhältnismäßiges Anbieten an rechtsextreme Regierung in Italien dar. In seinem Antwortschreiben an das Europäische Parlament schweigt Fitto zwar zu seiner Zugehörigkeit in Melonis Fratelli d'Italia und stellt dagegen seine politischen Wurzeln bei der moderateren und pro-europäischeren Democrazia Cristiana in den Vordergrund. Doch bei der Wahl zur Kommissionspräsidentin haben die Abgeordneten von Fittos aktueller Partei Fratelli d'Italia Ursula von der Leyen nicht unterstützt. Auch die EU-skeptische Rhetorik der EKR-Fraktion, deren Vorsitzender er einst war, werden ihm weiterhin anhaften.

Aus Grüner Sicht ist zudem sehr bedenklich, dass insbesondere die Bereiche nachhaltige Landwirtschaft und nachhaltiger Verkehr, welche beide von zentraler Bedeutung für die grüne Transformation sind, unter die übergeordnete Verantwortung dieses Vizepräsidenten gestellt werden sollen.

Verantwortung für den Wiederaufbaufonds RRF

In seinen schriftlichen Antworten an das Europäische Parlament bekennt Fitto sich zwar zu dem Instrument des Wiederaufbaufonds, doch bei der entsprechenden Abstimmung im Europäischen Parlament im Februar 2021 zur Schaffung der Wiederaufbausfazilität haben er (damals noch Europaabgeordneter) und seine Kollegen von Fratelli d'Italia sich bei der Abstimmung im Plenum enthalten. Als Minister in Italien hatte er später die nationale Implementierung des Wiederaufbaufonds in seinem Verantwortungsbereich und hat dort eine äußerst durchwachsene Bilanz zu verantworten. Der Jahresbericht der europäischen Staatsanwaltschaft EPPO aus dem Jahre 2023 umfasste 233 aktive Ermittlungen zu Finanzierungsbetrug im Zusammenhang mit dem Wiederaufbaufonds in den EU-Mitgliedstaaten. Von diesen 233 Ermittlungen entfielen allein 179 auf Italien. Auch steht er unter fortwährender Kritik von Seiten der italienischen Haushaltskontrollbehörde (UPB) für starke Verzögerungen in der Ausschüttung der EU-Hilfen.

Wopke Hoekstra - Klima, Netto-Null und nachhaltiges Wachstum; Besteuerung

Partei: EVP
Land: Niederlande
[Link zum Missionletter](#)

Es ist potenziell positiv, das Steuerportfolio mit Klimapolitik zusammenzulegen. Bisher war die EU-Kommission bei der Umsetzung der grünen Steueragenda nicht erfolgreich. Nun gibt es eine neue Chance. Wopke Hoekstras Portfolio ist auch interessant, da sich internationale Klimaverhandlungen auf die Klimafinanzierung konzentrieren werden, was eng mit der Besteuerung verknüpft ist.

Es ist das erste Mal, dass die Besteuerung von Zoll, Finanzdienstleistungen oder dem Dombrovskis kein starkes Mandat hat, um steuerliche Angelegenheiten auf der Ebene der G7- oder G20-Finanzminister zu erörtern, denn er wird die EU dort vertreten.

Zudem wird Wopke Hoekstra eine Nebenfigur im ECOFIN sein, was seinen Einfluss auf die Finanzminister verringert, die letztendlich einstimmig über Steuerfragen abstimmen müssen.

Umweltsteuern

Die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie scheint im Rat festzustecken, und der Kompromisstext ist erheblich verärrert. Wir verstehen, dass es Diskussionen darüber gibt, Schifferfahrtskraftstoffe und Kerosin für die Luftfahrt weiterhin von der Besteuerung auszunehmen. Unserer Ansicht wäre es besser, den Vorschlag zurückzuziehen und neu zu beginnen. Darin könnte man dann auch über eine andere Art der Besteuerung in der Luftfahrt nachdenken. Die Niederlande waren stets ein großer Befürworter einer EU-weiten Luftfahrtsteuer. Wir wünschen uns, dass es Wopke Hoekstra hier einen konkreten Vorschlag macht. Dieser sollte so angelegt sein, dass diejenigen, die am meisten verschmutzen auch am meisten zur Verantwortung gezogen werden. Das betrifft vor allem sehr reiche bis super reiche Menschen oder Geschäftsreisende.

Umverteilungssteuern

Während Ihres Mandats könnte es Spannungen mit den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Besteuerung digitaler Giganten und der Umsetzung der globalen Mindeststeuer auf große Konzerne geben. Diese Spannungen bestehen sowohl mit Republikanern als auch mit Demokraten, jedoch mit unterschiedlicher Intensität. Hier ist fraglich, ob Wopke Hoekstra damit umgehen will. Die Kommission muss bereit sein, unilateral zu handeln, falls der globale Prozess weiter stockt.

Ein stimmigkeitsprinzip

Wir alle wissen, dass die Einstimmigkeit das größte Hindernis für die Verabschiedung von Steuerrechtsvorschriften im Rat ist. Leider sind viele Initiativen wie unabh weiterhin auf Ebene des Rates blockiert. Wir sind gespannt darauf, zu hören, wie Wopke Hoekstra diesem Problem begegnen will. Wird er Art. 116 TFEU nutzen, um Steuergesetzgebung mit einer qualifizierten Mehrheit zu ermöglichen? Oder die Passarelle-Klausel wie Art. 192 TFEU für Umweltangelegenheiten?

Dan Jørgensen - Energie und Wohnen

Partei: S&D
Land: Dänemark
[Link zum Missionletter](#)

Dan Jørgensen, Mitglied der dänischen Sozialdemokraten, war zuvor dänischer Minister für Klimapolitik sowie Entwicklungspolitik und war Teil der internationalen Klimaverhandlungen bei COP26, COP27 und COP28. Als ehemaliger Abgeordneter im Europäischen Parlament (2004–2013) leitete er die dänische Delegation der Sozialdemokraten und setzte sich später als Minister für Klima, Energie und Versorgung in Dänemark maßgeblich für die Förderung eines sozial gerechten, klimafreundlichen Wandels ein. Sein Hintergrund ist dabei stärker energiebezogen als wohnungspolitisch.

In seiner neuen Rolle wird Jørgensen sich auf den nachhaltigen Umbau des Energiesektors und auf bezahlbaren Wohnraum konzentrieren. Das Portfolio umfasst aktuelle EU-Initiativen, die Umsetzung der EU-Klimaziele als Teil des "Fit for 55"-Pakets, um die Netto-Null-Emissionen bis 2050 zu erreichen und die Energieeffizienz zur Sanierung von Gebäuden zu fördern. Wir erwarten hierbei, dass sichergestellt wird, dass Sanierungskosten im Rahmen der EU-Programme nicht einfach auf Mieter:innen abgewälzt werden. Zudem ist es wichtig, der sogenannten Finanzialisierung, also der Entwicklung von privaten Trägern, von Wohnraum entgegenzuwirken – Wohnraum ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt. Da die Kommission beabsichtigt, bezahlbaren Wohnraum weitgehend über EU-Gelder zu fördern, muss dabei sichergestellt sein, dass diese Gelder tatsächlich bei den Kommunen und non-profit Wohnungsbaunternehmen ankommen, statt weitere Spekulationen im Wohnungsmarkt zu unterstützen.

Um die europäische Wohnungskrise wirksam anzugehen, fordern wir klare, langfristige Maßnahmen gegen spekulative Investitionen und die Finanzialisierung des Wohnungsmarktes. Es ist entscheidend, dass öffentliche Investitionen in sozialen Wohnungsbau nicht später in die Hände von privaten und spekulativen Investoren fließen, sondern langfristige und tatsächlich bezahlbare Wohnmöglichkeiten für einkommensschwache Haushalte geschaffen werden. Die EU muss die Regulierungen für Kurzzeitvermietungen verschärfen und verpflichtende Registrierungssysteme unterstützen, um die Marktverzerrungen in angespannten Wohnungsregionen zu verringern. Darüber hinaus bedarf es eines abgestimmten Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Energiearmut, mit einem besonderen Fokus auf Renovierungsprogramme für einkommensschwache Haushalte und sozial benachteiligte Gruppen, um energetische Sanierungen und den Zugang zu nachhaltiger Energie für alle Bürger:innen zu ermöglichen.

Auch wenn oft von „der Wohnraumkrise“ gesprochen wird, handelt es sich in Wahrheit um viele kleine, sektorspezifische Krisen, die sich je nach Mitgliedstaat unterschiedlich und in vielfältigen Nuancen zeigen. Die größte Herausforderung für den Kommissar besteht daher darin, gemeinsam und koordiniert bedeutungsvolle Ergebnisse mit anderen DGs und Kommissaren zu erzielen. Es geht dabei nicht nur um den Zugang zu nachhaltiger und bezahlbarer Energie, sondern vor allem auch bezahlbaren Wohnraum für die breite Mehrheit und darum, das grundlegende Menschenrecht auf Zugang zu Wohnraum für alle zu gewährleisten, ohne jemanden zurückzulassen.

Teresa Ribera - Saubere, gerechte und wettbewerbsfähige Transformation

Partei: S&D
Land: Spanien
[Link zum Mission Letter](#)

Teresa Ribera, von Ursula von der Leyen als Kommissarin für eine „saubere, gerechte und wettbewerbsfähige Transition“ nominiert und eine der ihr direkt unterstellten Vizepräsident:innen, wird eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des EU Green Deals spielen. Ihr Aufgabenbereich umfasst nicht nur Umwelt- und Klimapolitik, sondern auch die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der EU. Ribera soll die sozial gerechte Umsetzung der klimaneutralen Wirtschaft vorantreiben. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Aufsicht über den Just Transition Fund, der besonders betroffene Regionen unterstützt.

Wettbewerbsfähigkeit

Neben der Klimapolitik ist Ribera auch noch für die Wettbewerbspolitik der EU verantwortlich. Dazu gehört die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), damit diese im Wandel zur klimaneutralen Wirtschaft nicht durch unfaire Konkurrenz aus dem Ausland benachteiligt werden.

Ein weiteres zentrales Instrument in ihrem Portfolio ist der Europäische Wettbewerbsfähigkeitsfonds, der Investitionen in Zukunftstechnologien wie grüne Energie und klimafreundliche Industrieprozesse unterstützt. Dieser Fonds soll Europa als führend in sauberen Technologien positionieren und gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen. Zudem wird Ribera strategische Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI) in Bereichen wie Wasserstoff und erneuerbare Energien fördern, um die industrielle Basis der EU zu stärken und sich gegen den internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Clean Industrial Deal

In den kommenden fünf Jahren soll Teresa Ribera die Kohärenz zwischen dem Fonds und der EU-Subventionspolitik sicherstellen. Für einen Clean Industrial Deal hat sie den Auftrag, auf der Basis des befristeten Krisen- und Transformationsrahmens (TCTF) einen neuen Beihilferahmen zu schaffen, der die Dekarbonisierung der Industrie und den Ausbau erneuerbarer Energien in der EU beschleunigt ohne dabei die Märkte zu verzerren.

Da Riberas Aufgaben mehrere Politikfelder betreffen, wird sie eng mit anderen Kommissaren zusammenarbeiten, insbesondere in den Bereichen Industrie, Beschäftigung, soziale Rechte sowie Forschung und Innovation. Ihr Erfolg wird damit auch abhängig davon sein, wie die Zusammenarbeit mit den Kollegen in der Kommission funktioniert.

Krise der Lebenshaltungskosten / Marktmacht

In einem bilateralen Gesprächstermin mit Teresa Ribera habe ich mich mit ihr insbesondere über die Krise der Lebenshaltungskosten ausgetauscht und die Frage, wie man ihr am besten begegnet. Natürlich sind in unserem Gespräch auch bestehende Marktdefunktionalitäten durch die Übermacht einzelner Marktteilnehmer angesprochen worden und die Frage, wie man angemessen darauf reagiert. Hier gibt es aus meiner Sicht akuten Handlungsbedarf.

Im Stellung am 12. November wird sie Farbe bekennen müssen, wie sie auch unsere grünen Verhandlungen für den sozial gerechten Wandel in die Klimaneutralität integrieren möchte und auf diesem Weg einen fairen Wettbewerb in der Wirtschaft zugunsten Europas Bürger:innen sicherstellt.

Piotr Arkadiusz Serafin - Haushalt, Betrugsbekämpfung und öffentliche Verwaltung

Partei: EVP
Land: Polen
[Link zum Missionletter](#)

Piotr Serafin gilt als erfahrener Diplomat und ist bestens mit dem EU-Pfaster und den Alltagsgeschäften der EU-Institutionen vertraut. Serafin leitete in 2002 die Verhandlungen für Polen für den EU-Beitritt, inklusive der Verhandlungen zum EU-Haushalt und was Polens Haushalt nach dem EU-Beitritt einschließen sollte. Im Jahr 2010 wurde Serafin stellvertretender Kabinettschef des damaligen EU-Haushaltskommissars Janusz Lewandowski. Serafin ist also bestens vertraut mit der Thematik, mit der er nun als designierter Kommissar beauftragt wurde. Während Donald Tusk Präsident war, diente Serafin als sein Kabinettschef und wurde später führender Beamter im EU-Rat, bevor er Botschafter für Polen an der Ständigen Vertretung in Brüssel wurde. Serafin hat also langjährige Erfahrung mit der EU-Politik in verschiedenen Themenbereichen, in Verhandlungsführung und ist bestens in Brüssel vernetzt.

Seine wichtigste Aufgabe während dem Mandats - Der Mehrjährige Finanzrahmen

Dies ist die erste EU-Kommission seit langem, deren Mandat sich mit dem gesamten Prozess des Mehrjährigen Finanzrahmens, also den Kommissionsvorschlag, die Einigung der Mitgliedstaaten, die Verhandlungen mit dem EU-Parlament sowie die ersten Jahre der Implementierung überschneidet. Für Serafin wird dies die wichtigste Aufgabe seines Mandats sein. Er hat bereits angekündigt, dass der kommende EU-Haushalt 2028-2034 ein Investitionshaushalt sein wird, mit Klimainvestitionen oder zu Investitionen für den Naturschutz. Auch ist die soziale Dimension des neuen Haushalts unbekannt. Dies kann zur Schlussfolgerung führen, dass Klimainvestitionen für die neue EU-Kommission nicht so wichtig sind wie sie es 2019 waren und nun alles auf Wettbewerb fokussiert wird.

Eigenmittel

Als Spiegel zu dem Investitionshaushalt und nach dem Prinzip eines ausgeglichenen EU-Haushalts stellt sich die Frage, wie die Einnahmenseite des EU-Haushalts aussehen wird. Die Eigenmittel heften sich in dem interinstitutionellen Abkommen 2019 dazu verpflichtet, neue Eigenmittel einzuführen. Diese sind besonders wichtig, um die Kosten des Wiederaufbauminstruments NextGenerationEU zu decken. Dies sind nicht nur die Zinskosten, sondern – und vor allem – die Rückzahlung der Darlehen, mit denen das Instrument finanziert wurde. Dies bedeutet, der EU-Haushalt müsste pro Jahr 36 Milliarden Euro an Mehreinnahmen nur für die Finanzierung des Wiederaufbauminstruments haben. Diese können nur durch größere Zahlungen aus den Mitgliedstaaten oder durch neue, echte Eigenmittel generiert werden, wenn die EU-Programme nicht belastet bzw. gekürzt werden sollen. Serafin äußerte sich bisher nur oberflächlich zu den Eigenmitteln, ohne konkrete Ideen oder Vorschläge. Hier gibt es eindeutig Nachholbedarf, denn die Vorschläge zu den neuen Eigenmitteln sollen idealerweise zeitgleich mit dem Vorschlag des MFR kommen. Es wäre unwahrscheinlich, wenn das EU-Parlament dazu vorher konsultiert wird.

Sie haben Themen, die Ihnen auf der Seele brennen oder wo Sie denken, diese sollten unbedingt mehr Aufmerksamkeit bekommen? Schreiben Sie mir unter [Newsletters@asmus-andresen.eu](mailto:Newsletter@asmus-andresen.eu)

Ihnen hat das Money Matters Briefing gefallen, dann leiten oder empfehlen Sie den Newsletter weiter.
[Newsletters weiterempfehlen](#)

Kennen Sie schon unseren neuen Podcast "Money Matters - zukunftsweisende Finanzpolitik"? Jetzt auf Spotify, Apple Podcast, Youtube und überall wo es Podcasts gibt.
[Schreiben Sie uns hier](#)

Sie haben Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?
[Schreiben Sie uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?
Melden Sie sich mit ihrer eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parlament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an